

Benjamin Krämer

Populismus und Medien: Schichten einer Beziehung

Was haben Medien mit Populismus zu tun? Zu viel und auf zu vielen verschiedenen Ebenen, um es in einem Beitrag abzuhandeln oder auch nur anzudeuten.¹ Viele werden zunächst an den Beitrag der Medien zum Aufkommen von Populismus denken, dem Aufstieg entsprechender Parteien und der Zunahme entsprechender Haltungen in der Bevölkerung (wobei sogleich zu fragen wäre, ob sie denn wirklich häufiger oder nur sichtbarer, handlungsrelevanter, vielleicht auch radikaler geworden sind). Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien ist vielleicht nur dann wirklich erstaunlich, wenn man – wie Teile des Journalismus und der Politik – die langjährige Forschung über menschenfeindliche Einstellungen ignoriert hat.²

Der vorliegende Beitrag kann also nur einige wesentliche Aspekte herausgreifen, soll aber trotzdem über die Wirkungsfrage hinausgehen. Zunächst noch einige Anmerkungen zu seiner Einordnung: ein großer Teil der Forschung zu (Rechts-)Populismus und Medien ist relativ typisch quantitativ im Stile der Forschung zur politischen Kommunikation und umfasst standardisierte Inhaltsanalysen und Befragungen, welche die Häufigkeit populistischer Aussagen in den Medien und entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung erhebt. Das ist sehr wichtig, denn so kann im Zeitverlauf und Ländervergleich ermesst werden, wo populistische Kommunikation vorkommt, wer sie in die Medien hineinträgt, welche Faktoren ihr Aufkommen begünstigen und wie populistische Einzelbotschaften durch die Individuen im Publikum verarbeitet werden. Ich werde allerdings keinen systematischen Überblick dieser Forschungsrichtung liefern. Der vorliegende, stellenweise eher essayistische Beitrag widmet sich eher den Deutungen und größeren Thesen, der Begriffsbildung, will die Logik

¹ Selbst wenn man, wie hier, einen relativ engen Medienbegriff zugrunde legt, der sich auf die etablierten Massenmedien, einschließlich ihrer Äquivalente online, und vor allem den Journalismus bezieht, und sich dabei auf den deutschsprachigen und europäischen Rechtspopulismus konzentriert.

² Siehe etwa die seit 2002 veröffentlichten Studien zu „Deutschen Zuständen“, zuletzt HEITMEYER, 2012, oder die ebenfalls seit 2002 durchgeführten „Mitte-Studien“, zuletzt DECKER/BRÄHLER, 2018, und ZICK/KÜPPER/BERGHAN, 2019, und natürlich noch viel ältere Literatur zum Thema.

des Medien und des Rechtspopulismus in ihrem Zusammenspiel verstehen, ihre Praktiken und welche ideologisch gefärbten Welten sie in ihrer Kommunikation erschaffen. Er kann sich deshalb nicht immer auf solides Erhebungshandwerk und statistische Auswertungen stützen, sondern muss sich manchmal eher auf informierte Einschätzungen des Autors beschränken.

1. Antipopulismus und Populismus

Die Frage nach der Definition von Populismus zu diskutieren, scheint unvermeidlich angesichts der Unschärfe des Begriffs, obwohl diese Diskussion Papierberge beziehungsweise gigantischen Speicherplatz füllt und Lesezeit raubt, in der man statt einer neuen Theorie zum Gegenstand doch nur neue Definitionsvarianten und Begriffszergliederungen erfährt.

Dieser Beitrag steigt in die Begriffsdiskussion der Abwechslung halber einmal mit umgekehrten Vorzeichen ein, von der Seite des Antipopulismus.³ Dieser wird auch in den Medien gepflegt, in Kommentaren und zitierten Äußerungen anderer Akteur*innen. In den deutschsprachigen Medien kommt es praktisch nicht vor, dass „Populismus“ positiv verwendet wird oder jemand für sich in Anspruch nimmt, populistisch zu sein – im Gegensatz zur politischen Theorie, wo das vorkommt, insbesondere in der so genannten Essexer Schule. Diese Richtung der Theoriebildung über Populismus, so interessant sie ist, soll hier aber zunächst nicht ausgeführt werden, auch da die Berührungspunkte mit den etablierten Medien im deutschsprachigen Raum gering sind. Auch soll nicht auf diejenigen linken Bewegungen eingegangen werden, welche sich darauf berufen oder ein ähnliches Verständnis pflegen. Vielmehr geht es zunächst um die negative Verwendung in der Öffentlichkeit.

Bei dem Ausruf wie „Das ist doch billiger Populismus!“ denkt man nicht zwingend an eine bestimmte Partei oder Parteienfamilie, nimmt das aber sofort als Kritik wahr. „Populismus“ steht hier für so etwas wie: „Vorschläge, die wohl populär, aber kontraproduktiv/gefährlich sind“, meist mit dem Argument, es handele sich um „einfache Lösungen“. Populistisch sind hierbei immer die anderen, es bleibt unklar, wann eine Lösung zu „einfach“ ist und wann sie zu komplex wird, wann man sich populäre Zustimmung zu einem Vorschlag wünscht und wann man die Masse als simpel gestrickt und verführbar verachtet. Auf die-

³ Das Nachfolgende sind meine Beobachtungen, wie sich der Diskurs typischerweise in den deutschsprachigen Medien gestaltet. Im Gegensatz zu Studien über andere Länder kann ich dabei allerdings nicht auf systematische Daten zurückgreifen. Siehe aber zum Beispiel GOYVAERTS/DE CLEEN, 2019, mit ähnlichen Befunden.

se nicht sehr fruchtbare Situation hat die öffentliche Diskussion teilweise bereits reagiert und in einem *begrifflichen Antipopulismus* den Terminus „Populismus“ als leeren Kampfbegriff identifiziert, der nicht mehr verwendet werden sollte.

Die Alternative wäre ein substanzieller, präziserer Populismusbegriff und es wäre überraschend für einen wissenschaftlichen Beitrag, würde er nicht für die wissenschaftlichen Anstrengungen in dieser Richtung werben – selbst wenn Wissenschaft nicht nur in der „richtigen“ Definition von Begriffen besteht, und ohnehin sind Definitionen nur Verwendungsvorschläge und Selbstfestlegungen.

Doch selbst da, wo Forschung und öffentliche Diskussion sich oberflächlich betrachtet einig scheinen, dass jemand populistisch sei, etwa gewisse rechte Parteien in Europa, da fehlt es doch an einem klaren Begriffsverständnis in der öffentlichen Diskussion. Es gibt zwar zunehmend Beiträge, die ein präziseres Verständnis zugrunde legen, aber oftmals bedeutet „populistisch“ allerdings nun „weit rechts und demagogisch“ oder verweist auf eine europäische Parteienfamilie, deren Gemeinsamkeiten (und Unterschiede) nicht klar herausgearbeitet werden. Ihre Ideologien werden selten expliziert, die menschenfeindlichen Implikationen oft mit dem Begriff „Hetze“ umschrieben, was durchaus eine gewisse Ahnung von verbaler Gewalt vermittelt, aber unkonkret bleibt. Vertreter*innen solcher Parteien können dies mit Verweis auf die eigene „Bürgerlichkeit“ und ihre zur Schau gestellte Nüchternheit leicht als Diffamierung zurückweisen und als Beweis verwenden, wie ungerecht man behandelt werde. Ein oft vages Verständnis von *Populismus als hässliche Rechte* tritt jedenfalls neben oder an die Stelle von *Populismus als missliebige beliebte Vereinfachungen*.

Es scheint jedoch auch, dass die Bezeichnung „rechtspopulistisch“ medial durchaus als Euphemismus für „rechtsextrem“ funktioniert. Das ist wiederum auch in der öffentlichen Diskussion bemerkt worden. Allerdings wäre hier eine Differenzierung angebracht. Es kann sich zunächst in zweierlei Hinsicht wirklich um eine Verharmlosung handeln. Erstens wenn entsprechende Akteure, Bewegungen und Parteien (beziehungsweise Strömungen und Flügel von Parteien) gar nicht im engeren Sinne populistisch ausgerichtet sind, sondern in extremerer Weise demokratiefeindlich. Unangemessen wäre die Bezeichnung „Populismus“ nach einem üblichen wissenschaftlichen Verständnis, wenn es um eine faschistische oder neonazistische Rechte geht. Das nicht klar zu benennen, wäre eine euphemistische Verschleierung und würde – bei aller Gefährlichkeit des Rechtspopulismus – wichtige Unterschiede eibebnen. Und man würde den Rechtspopulismus nicht verstehen, wenn man nicht beachtet, in welcher (problematischen) Weise er sich grundsätzlich zunächst einmal positiv auf

Demokratie und liberale Prinzipien beruft, was in anderen rechten Strömungen nicht der Fall ist.⁴

Und zweitens wäre „populistisch“ eine Verharmlosung, wenn zwar Aspekte des Populismus vorliegen, aber Aspekte ausgeblendet werden, die im Einzelfall viel wichtiger wären, wenn zum Beispiel der Nativismus eigentlich viel prägender für die Politik einer Partei oder Person ist⁵ oder der greifbare Rassismus zugunsten der doch recht abstrakten Diagnose „Populismus“ ausgeblendet wird. Weder die Medien noch die Wissenschaft sollten den Rechtspopulismus also allzu abstrakt und losgelöst von den Folgen für konkrete diskriminierte Gruppen betrachten, ihn nur aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft oder aus einer elitären Position heraus beschreiben.

Es muss sich aber nicht in jedem Fall um eine Verharmlosung handeln, wenn diese anderen Elemente der jeweiligen Ideologie oder des Diskurses nicht beiseite gewischt werden und man anerkennt, dass mit der rein formalen, „dünnen Ideologie“ des Populismus⁶ sehr extreme Formen der Menschenfeindlichkeit kombiniert werden können. Diese werden dann gerade durch die *Berufung auf den Volkswillen* legitimiert. Diese Art der Legitimation stellt nämlich ein erstes Element einer möglichen Definition von Populismus dar, der ich hier folgen werde.

Auch das populistische Element an sich ist ja keinesfalls unproblematisch und ungefährlich. In gewissem Sinne könne man natürlich optimistisch sagen, dass die Demokratie, hierzulande und vielerorts, vorläufig gegen die offen angelegte Sehnsucht nach einer Diktatur gewonnen habe, wenn die Rechte populistisch geworden ist und sich damit auf Demokratie berufen muss⁷ – zumindest

⁴ Siehe WEISS, 2017, und SEDGWICK, 2019, für Überblicke über neurechtes Denken mit seinen antiliberalen Zügen. Es gibt zwar durchaus Kontakte und ideologische Affinitäten zwischen neurechten und rechtspopulistischen Strömungen, aber auch Konflikte – innerparteiliche und innerhalb der Neuen Rechten hinsichtlich der Nähe und Ferne zu Parteien wie der AfD.

⁵ Zur Unterscheidung und zum Verhältnis von Populismus und Nativismus beziehungsweise Nationalismus zum Beispiel BETZ, 2017; DE CLEEN/STAVRAKAKIS, 2017.

⁶ Mit dem Begriff der dünnen Ideologie gemäß FREDEN, 1998, ist gemeint, dass Populismus an sich keine ausgebaute Ideologie darstellt, die jedes politische Konzept für sich definiert und aus sich heraus Stellungnahmen zu beliebigen politischen Fragen erlaubt, sondern erst in Kombination mit anderen Ideen. Zu Populismus als dünner Ideologie siehe zum Beispiel ELCHARDUS/SPRUYT, 2016; MUDDE, 2004; STANLEY, 2008. Siehe auch die Beiträge von Veith Selk und Thomas Hoffmann in diesem Band.

⁷ FINCHELSTEIN, 2014.

in ihren überwiegenden öffentlichen Diskursen. Man sollte natürlich niemals sicher sein, dass dieser Sieg von Dauer ist.

Betrachtet man jedoch das Demokratieverständnis im Rechtspopulismus, so läuft es auf eine *illiberale Demokratie*⁸ hinaus. Das wäre ein zweites definierendes Element von Populismus und speziell des Rechtspopulismus, das hier festgehalten werden soll. Politische Legitimität erwächst gemäß dieser Vorstellung von Demokratie daraus, dass politische Führungspersonlichkeiten oder Parteien einen Volkswillen repräsentieren, der als *prinzipiell einheitlich* vorgestellt wird. Um diese Vorstellung aufrecht zu erhalten, muss man freilich Teile der Bevölkerung ausschließen, die keinen Anspruch auf Repräsentation haben sollen, und der Volkswillen kommt erst dann rein zum Ausdruck, wenn nicht Teile des Volkes von der falschen politischen Seite indoktriniert wurden beziehungsweise sich wieder auf ihre eigentliche Zugehörigkeit und ihr wahres Interesse besonnen haben.⁹ Durch den historischen Zufall konnte sich der deutsche Rechtspopulismus den früher etablierten Ausspruch „Wir sind das Volk“ aneignen, der ja auf den ersten Blick paradox erscheint, denn die Wahlergebnisse geben diesen Anspruch nicht her, selbst wenn man großzügig weitere Bevölkerungsteile hinzurechnet. Aber in dem Ausruf drückt sich eben jene Vorstellung aus, dass vor allem einem selbst Repräsentation gebührt beziehungsweise man den wahren Volkswillen repräsentiert. Aus dieser Sicht haben diejenigen, welche diesen Volkswillen am besten erfassen und verkörpern können, dann auch das Recht, diesen *möglichst ungehindert umzusetzen*. Diese Vorstellung von Demokratie hat also einen antipluralistischen, autoritären und – sofern Institutionen als Hindernisse für die Repräsentation und Implementierung des Volkswillens gesehen werden – antiinstitutionellen Charakter. Populismus reduziert Demokratie auf den Volkswillen und seine Umsetzung und vernachlässigt die Voraussetzungen dafür: die Normen, die zur freien Willensbildung und zur fairen Aushandlung politischer Entscheidungen gehören und die verhindern sollen, dass bei ihrer Implementierung über Minderheiten ganz hinweggegangen wird.

Dieses Demokratieverständnis nimmt teilweise auch Züge einer Suche nach Erlösung an. Einer *erlösenden Demokratie*¹⁰ kommt es weniger auf die fortwährende Aushandlung von Programmatiken, Normen und politischen Vorhaben an als auf einen Befreiungsschlag, bei dem die alten Eliten entmachtet, neue

⁸ Siehe zum Beispiel ABTS/RUMMENS, 2007; PAPPAS, 2016; URBINATI, 2013.

⁹ MÜLLER, 2014.

¹⁰ CANOVAN, 1999.

Führungspersönlichkeiten mit ausreichender Macht ausgestattet werden, handeln und wesentliche Probleme endgültig lösen.

Rechtspopulistische Politiker*innen reiten nicht nur aus taktischen Gründen beständig auf den gleichen Themen herum, mit denen sie am stärksten verbunden werden, und führen alles immer wieder auf ähnliche Weise auf Zuwanderung, anmaßende Minderheiten und Bevormundung durch Eliten zurück. Sondern dies entspricht auch ihrem ideologischen und programmatischen Anspruch, die wirklich wichtigen Probleme in Angriff zu nehmen, als einzige den wirklichen Volkswillen zu vertreten und eine wirkliche Lösung derselben herbeizuführen, an der alle anderen nicht interessiert seien. Letztendlich läuft sogar alles auf das gleiche Problem hinaus: sind alle Probleme mit Blick auf dieses Äquivalent ein Verrat am Volkswillen und die Benachteiligung der „normalen“, angestammten Bevölkerung.¹¹

Die Stellung der Medien in der rechtspopulistischen Weltsicht ist ambivalent, wie die Praxis in verschiedenen Ländern zeigt. Sie reicht von der Polemik, zum Beispiel gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, über die Etablierung von Alternativmedien bis zur privatwirtschaftlichen und staatlichen Kontrolle über Medienorganisationen. Die Medien wären idealerweise Träger der Beziehung zwischen dem Volk und denjenigen, die es wirklich repräsentieren, Sprachrohr zugleich des Volkswillens und der Führungspersönlichkeiten, wären Volkserzieher zur „eigenen“ Kultur und zum Nationalstolz. Einstweilen müssen sie aber zumindest strategisch genutzt werden, wenn sie schon nicht derart kontrolliert und auf ihre Rolle verpflichtet werden können, denn ganz ohne die etablierten Medien funktioniert rechtspopulistische Kommunikation in der Regel noch nicht. Auf die Strategien der Instrumentalisierung soll noch eingegangen werden. Wenn sich die Medien dem wiederum nicht fügen, sehen sie sich scharfer Kritik ausgesetzt und die Institutionen und die Medienschaffenden werden delegitimiert und diskreditiert.

Diese illiberale Vorstellung der Demokratie, die einen Volkswillen unbedingt durchsetzen will, legitimiert dann auch das Streben nach Kontrolle über Medien, die Justiz, den Kulturbetrieb und das Bildungssystem (oder andernfalls die Ausschaltung beziehungsweise Abschaffung entsprechender Institutionen,

¹¹ Die Konstruktion „des Volkes“ und seines Willens durch die Herstellung von Äquivalenz zwischen verschiedenen Problemwahrnehmungen und Unzufriedenheiten ist der Kern der Populismustheorie bei LACLAU, 2005, und MOUFFE, 2018. Der Ansatz bleibt allerdings recht abstrakt. Wie solche Verkettungen im Rechtspopulismus selbst, aber auch unter Mitwirkung der Gegenseite in einer hybriden Medienumgang aus alten neuen Medien etabliert werden, hat HATAKKA, 2019, herausgearbeitet.

wenn man sie sich nicht unterwerfen kann). Diese Institutionen werden im Rechtspopulismus nicht als Organisationsformen anerkannt, die Pluralismus abbilden, vermitteln und den Diskurs zwischen verschiedenen Perspektiven ins Werk setzen (wenn auch immer mit ihren Schwächen), sondern sie stehen entweder auf der Seite des Volkes, der „eigenen“ Kultur, des gesunden Menschenverstands, oder sie sind Instrumente der Indoktrination und Unterdrückung des Volkes.

Dabei wird im Rechtspopulismus durchaus häufig auf liberale Prinzipien verwiesen¹², wie etwa Rechtsstaatlichkeit, die Gleichberechtigung der Geschlechter oder, mit Blick auf die Medien, Meinungsfreiheit, Ausgewogenheit, Objektivität et cetera. Feministisch anmutende Argumente werden in Stellung gebracht, um bestimmte Gruppen von Zugewanderten pauschal als frauenfeindlich und übergriffig zu brandmarken.¹³ „Der Rechtsstaat“ müsse wiederhergestellt werden, da der überwiegende Teil der Zuwanderung oder die „Grenzöffnung“ Merkels illegal seien, und mit Verweis auf journalistische Normen fordert man stärkere Berücksichtigung der eigenen Person oder Partei und neutralere, gar wohlwollende Berichterstattung.¹⁴ Letztlich werden diese Prinzipien jedoch für illiberale Zwecke, die Durchsetzung der eigenen illiberalen Gesellschaftsvorstellung, genutzt, und die entsprechenden Rechte anderen nicht im gleichen Maße zugestanden.¹⁵

In ihrem *liberalen Antipopulismus* verstehen und betätigen sich die etablierten Medien wiederum als Hüter der liberalen Demokratie. Dieser liberale Antipopulismus kennt zwei Varianten. Zunächst wird die rechtspopulistische Position anderen „ausgewogen“ gegenübergestellt. Hierdurch wird sie durchaus normalisiert, sie erscheint als legitime politische Position. Die Instrumentalisierung liberaler Prinzipien und journalistischer Normen, die beständige Medienkritik von rechtspopulistischer Seite, die Medien seien unfair, unausgewogen und nicht wahrhaftig, führt oft zu einer großen Vorsicht seitens der Medienschaf-

¹² MOFFITT, 2017.

¹³ FARRIS, 2017.

¹⁴ KRÄMER, 2018.

¹⁵ Natürlich gibt es in allen politischen Lagern die Neigung, Normen erst einmal für die eigenen Zwecke in Anspruch zu nehmen und die eigene Politik mit dem Gemeinwohl beziehungsweise einem (wohlverstandenen) Willen des Volkes zu identifizieren. Der Rechtspopulismus ist aber dahingehend anders, dass er dazu neigt, den anderen die entsprechenden Rechte und die Legitimität zur Vertretung eines Volkswillens grundsätzlich abzusprechen.

fenden – ja manchmal zu einer Überkompensation – um die Vorwürfe nicht zu bestätigen.

Immerhin unterwerfen sich Medien damit allerdings nicht dem Alleinvertretungsanspruch des Populismus, der allen anderen politischen Lagern die Fähigkeit abspricht den „wahren“ Volkswillen zu repräsentieren, sondern sie stellen die rechtspopulistische Position neben andere. Diese journalistische Praxis folgt einem liberalen Öffentlichkeitsmodell, dem es vor allem auf die Verfügbarkeit verschiedener Positionen auf einem „Meinungsmarkt“ ankommt. Dabei werden allerdings noch keine besonderen Anforderungen an den konkreten Ablauf von Diskursen gestellt oder gesteigerte Anstrengungen unternommen, marginalisierte Positionen und überhaupt Gruppen ohne besondere Machtposition einzubeziehen, wie es andere Öffentlichkeitsmodelle fordern würden.¹⁶ Die Definition der ausgewogen abzubildenden „Seiten“ folgt etablierten Vorstellungen politischer Lager und der Grenzen des legitimen Meinungsspektrums und bevorzucht jene, die bereits in Machtpositionen sind.

Etwas weiter geht eine zweite Variante des liberalen Antipopulismus, bei der sich Journalist*innen und Medieninstitutionen die Funktion zuschreiben, die liberale repräsentative Demokratie zu verteidigen. Hier werden Positionen ausgegrenzt oder anders, kritischer behandelt, gerade weil sie gegen das liberale Modell arbeiten, die Legitimität anderer Positionen nicht anerkennen.

Gelegentlich äußert sich die kritische Haltung der Medien gegenüber dem Populismus aber auch als *technokratischer Antipopulismus*: hier wird dann „alternativlose“ Politik mit Verweis auf überlegenen Sachverstand gegen (wahrgenommene) Irrationalität in Stellung gebracht. Dabei werden politische Kontroversen jedoch entpolitisiert und die Einwände von Betroffenen von oben herab entwertet. Hier kann dann eine Grenze überschritten werden, an der der Antipopulismus ins Antidemokratische kippt: es geht dann nicht mehr nur darum, auf dem Stand der Erkenntnis gegen wissenschaftsfeindliche Verschwörungstheorien oder einfach gegen den Glauben an unbegründete und veraltete Weisheiten zu beharren, sondern „unbequeme Entscheidungen“ werden trotz relevanter Kritik aus der Bevölkerung von einem elitären Standpunkt aus gelobt und ihre Umsetzung ohne echte Debatte betrieben. Dies scheint jedoch eher in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Fall zu sein, in der der Rechtspopulismus nicht der wichtigste Gegner ist – auch wenn sich dieser hierzulande wie in manchen Ländern zunehmend die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats als Thema zu eigen machen könnte, wie es in anderen Ländern der Fall ist (wobei es natür-

¹⁶ Für eine Gegenüberstellung liberaler mit deliberativen und partizipativen Öffentlichkeitsmodellen siehe zum Beispiel MARTINSEN, 2009.

lich nur um die Ansprüche der etablierten Bevölkerung geht). Und auch heute schon könnten die Elitenfeindlichkeit und der politische Zynismus in Teilen des rechtspopulistischen Milieus auf die Erfahrungen zurückgehen, wie Politik und Medien in der Vergangenheit Sozialreformen technokratisch begründet haben.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus kann der technokratische Antipopulismus jedoch auch bei anderen Themen, zum Beispiel der Zuwanderung, von normativen Argumenten und den teilweise gravierenden Diskriminierungserfahrungen bestimmter Gruppen wegleiten und eine Diskussion auf Nützlichkeits- und insbesondere ökonomische Argumente verlagern. Dies geschieht etwa, wenn Rassismus nicht als solcher kritisiert und seine Folgen für Betroffene benannt werden, sondern auf den ökonomischen Nutzen von Zuwanderung und der wirtschaftlichen Tätigkeit von Minderheiten verwiesen wird. Menschen werden so letztlich auf diesen Nutzen reduziert (oder auf ihren exotischen Erlebniswert als „Bereicherung“).

Insgesamt kann also der mediale Antipopulismus vom Bollwerk gegen Liberalismus bis zur elitären und klassistischen Abwertung der einfachen Bevölkerung und Betroffener reichen, vom Beharren auf liberalen Öffentlichkeitsmodellen bis zur Normalisierung des Rechtspopulismus als ein weiterer legitimer Standpunkt.

Wie Medien Ausgewogenheit herstellen und bei der Abwägung des öffentlichen Nutzens mitwirken, können sie ein Mittel gegen den Absolutheitsanspruch des Rechtspopulismus sein. Zugleich kann dadurch jedoch auch suggeriert werden, es gelte eine Mittelposition einzunehmen zwischen der Diskriminierung und Exklusion, welche der Rechtspopulismus betreibt, und der Gegenposition – als seien die Rechte von Minderheiten etwas, das aufgerechnet werden kann.

2. Die Popularität des Populismus

Verhelfen die Medien dem Populismus zur Popularität? Oder ist das nicht eine sinnlose Frage, da Populismus an sich bereits populär sein muss? Auch in der Forschung scheint bei manchen die Assoziation nahezuliegen, Medien seien etwas Populäres, der Populismus habe qua Etymologie etwas mit Popularität zu tun, damit scheint die Sache geklärt. Schon die Ausführungen über den medialen Antipopulismus haben gezeigt, dass die Lage komplizierter ist. Trotzdem muss dieser naheliegenden Assoziation zwischen dem Populären und dem Populismus kurz nachgegangen werden, selbst wenn sie meines Erachtens vom Weg einer sinnvollen Analyse eher wegführt.

Der Volksbegriff hat eine verwirrende Bedeutungsvielfalt (oder, umgekehrt betrachtet, Leere), aber der Witz des Populismus ist gerade, sich nicht darum zu

scheren, sondern aus seiner Ideologie heraus oder strategisch gewisse Gleichsetzungen vorzunehmen: der *demos* muss im Rechtspopulismus ein *ethnos* sein und ist zugleich *plebs* – das demokratisch Legitime ist das Interesse der ethnisch zusammengehörenden Bevölkerung, und sie zu repräsentieren, heißt zwingend, oder eigentlich schon automatisch, etwas für die einfachen Leute zu tun.

Das Populäre steht wiederum für das breit Zustimmungsfähige, der Geschmack vieler, das angestammte Volkstümliche, das wiederbelebte und modernisierte Volkstümliche, die massenattraktiven populärkulturellen Produkte, die alternativeren Subgenres dieser Populärkultur, et cetera. Dabei fällt auf, das Populismus nur mit einigen dieser Varianten des Populären in Verbindung steht.¹⁷ Er legitimiert sich natürlich über die Zustimmung des Volkes – was jedoch so gleich eingeschränkt wird. Es wird zwar behauptet, man vertrete eine Mehrheit, aber faktisch handelt es sich doch aber vielfach um eine kontrafaktische Unterstellung: man vertritt die „wahren“ Interessen des „wahren“ Volkes. Aber diese Deckung muss erst performativ hergestellt werden, durch Operationen, die erst das „wahre“ Volk definieren und andere hinausdefinieren, und durch Kommunikation, welche erst das „wahre“ Interesse bewusst macht und gegen die Indoktrination herrschender Eliten und Ideologien ankämpft.

Zudem lässt sich nicht ohne Weiteres behaupten, es sei das „einfache Volk“, welches den Rechtspopulismus trage (und welchem seine Politik zugutekomme). Analysen der Unterstützer*innenschaft rechtspopulistischer Parteien zeigen, dass diese keinesfalls auf die unterste, ja nicht einmal auf die Mittelschicht beschränkt ist, sondern ein beträchtlicher Teil aus durchaus ökonomisch privilegierten und formal höher gebildeten Klassen stammen.¹⁸ Das „Volkstümliche“ kann hier also nicht gleichbedeutend mit „einfacher“ sozialer Herkunft sein. Es kann sich höchstens um ein Konstrukt handeln, das eine gewisse Vorstellung von Rechtschaffenheit, Traditionalismus und Normalität gegen andere Lebensweisen und sie repräsentierende Eliten in Stellung bringt.

Im Rechtspopulismus herrscht durchaus ein *majoritäres Demokratieverständnis*: politisch muss dasjenige durchgesetzt werden, was die Mehrheit will

¹⁷ Zu den vorstehenden Varianten des Volksbegriffs und des Populären und ihrer Verbindung zum Populismus siehe den kurzen Überblick bei KRÄMER, 2016.

¹⁸ Zwar neigen ökonomisch benachteiligte Menschen durchaus auch in erheblichem Maße zur Wahl rechtspopulistischer Parteien, aber unabhängig von der Debatte, ob der Status dieser Personen wirklich die Ursache ihrer Parteipräferenz ist, ist unumstritten, dass solche Parteien über alle Einkommens- und Bildungsschichten hinweg Unterstützung finden. Siehe zum Beispiel zur AfD LENGFELD, 2017, und die auf diese Studie folgende Diskussion.

und ihr zugutekommt, sofern diese zugleich auch ihrem Wesen nach als Kern des Volkes gilt, während Forderungen von Minderheiten als grundsätzlich illegitim verworfen werden oder als nachrangig gelten, weil zunächst die angestammte Mehrheit das Recht hat, für sich zu sorgen.

Auch die Fähigkeit populär zu werden, eine überlegene Kommunikationsfähigkeit, wird Rechtspopulist*innen häufig zugeschrieben. Auf den ersten Blick scheint das zuzutreffen: rechtspopulistische Parteien haben oft mehr Follower auf sozialen Medien als andere Parteien, ihr Aufstieg ging in vielen Ländern oft sehr schnell vonstatten, gewisse Aussagen ihres Personals erzielten eine große Aufmerksamkeit der Medien, et cetera.

Freilich stellt sich die Frage, was man als Erfolg zählt. Die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien scheint, zumindest bei gleichbleibenden Randbedingungen, begrenzt – sie haben keineswegs die magische Fähigkeit, ihnen ideologisch fernstehende Menschen beliebig zu konvertieren. Die Decke ist aber keinesfalls überall erreicht; sie liegt je nach Staat und Region in sehr unterschiedlicher Höhe, und unter weitaus krisenhafteren Bedingungen könnten durchaus mehr Menschen ins entsprechende Lager abwandern, wenn auch nicht durch kurzfristige propagandistische Meisterleistungen.

Umgekehrt müsste man den gesamten Zeitraum betrachten, in dem rechtspopulistische Parteien ihre typische Kommunikation betrieben haben. Das schließt auch Phasen ein, in denen sie sich je nach Land lange nicht etablieren konnten, und Zeiten des Misserfolgs bei Wahlen, als Skandale oder Kritik nicht einfach weggeredet werden konnten.

Insbesondere die mediale Aufmerksamkeit oder die Aktivitäten auf sozialen Medien setzen sich nicht immer proportional in Wahlerfolge um. Ist die Klientel erst einmal durch die Präsenz und Emotionalisierung entsprechender Themen motiviert und fühlt sich durch eine aussichtsreiche, relativ neue Partei politisch handlungsfähig, so kommuniziert sie gewiss intensiver als die Anhängerschaft der etablierten Parteien. Die lange und oft eher diffus vorliegenden Unzufriedenheiten werden nun auf den Begriff gebracht, stellvertretend ausgesprochen und es scheint wieder eine Partei zu geben, die sie aufgreift. Die Problemdefinition, Themenpräsenz und die Aufladung der Themen besorgt aber nicht die rechtspopulistische Kommunikation alleine, sondern sie hängen auch von den anderen Parteien und den Medien ab, in manchen Ländern sogar von eng verbündeten Medienorganisationen.

Man kann schließlich auch argumentieren, dass rechtspopulistische Parteien es einfacher haben bei ihrer Kommunikation als andere und sich mehr trauen können. Sie beschränken sich oft auf wenige Themen beziehungsweise wiederkehrende Botschaften zu verschiedenen Themen und bedienen nicht

wie klassische Volksparteien ein breites Spektrum an Themeninteressen, eine breite, heterogene Klientel (auch wenn man durchaus Brüche und Gegensätze in der rechtspopulistischen identifizieren kann). Andere Parteien verstehen sich gerade auch als moderat, mittig und sprechen Menschen an, die dies schätzen und die durch kontroverse Stellungnahmen verschreckt werden könnten. Rechtspopulistische Parteien wiederum können eine andere Strategie verfolgen, die stärker auf Provokationen setzt (wobei sie ebenfalls darauf achten müssen Extremismusvorwürfen zu entgehen und durch zur Schau gestellte Harmlosigkeit und Bürgerlichkeit breitere Gruppen anzusprechen. Deshalb sind die Provokationen oft eher unkonkret, teilweise eher dem Stil nach anstößig oder so formuliert, dass extremere Deutungen abgestritten werden können¹⁹).

Das Verständnis des Populären als das Unterhaltsame, die Populärkultur oder der Stil der einfachen Leute steht in einem durchaus uneinheitlichen Verhältnis zum Populismus. Im Rechtspopulismus hört man häufiger die Klage, dass Größen der Populärkultur oder ein ganzes Milieu wie „Hollywood“ links seien. Verlangt wird dann übrigens nicht unbedingt, es sollten sich mehr Prominente im Sinne des Rechtspopulismus positionieren, sondern oft, sie sollten „bei ihrem Ding bleiben“. Die durchgehende Politisierung aller Lebensbereiche ist nicht unbedingt das Ziel des Rechtspopulismus, hat man den Eindruck. Manche rechtspopulistisch bis neurechts ausgerichteten Politiker*innen und Politstrategen hegen zwar das Ideal einer wieder stärker nationalen und erbauenden Hochkultur und wollen diese zu diesem Zwecke „entsiffen“, und rechte Eliten mögen die Rituale des Verbindungslebens und andere Formen des Traditionalismus pflegen. Insgesamt hat man jedoch den Eindruck, dass in weiten Teilen der Anhänger*innenschaft des Rechtspopulismus der ungestörte Konsum der Populärkultur im Vordergrund steht, bei dem man nicht von politisch korrekten und anderen politischen Belehrungen gestört werden möchte (Grönemeyer wäre gut ohne die nervigen Polit-Ansprachen) oder bestenfalls die Heimat und die gute alte Zeit beschworen werden (Andreas Gabalier markiert hier womöglich vorläufig die Grenze der Politisierung dieser Populärkultur, die massenattraktiv bleiben will). Es geht jedenfalls nicht um rechte Kampflieder und im Rechtspopulismus im Gegensatz zur extremeren Rechten auch nicht um traditionelle Volksmusik.²⁰

Überhaupt ist der Rechtspopulismus in weiten Teilen recht geschichtslos und pflegt ein sehr vages Verständnis von Tradition (wiederum mit Ausnahme eli-

¹⁹ WODAK, 2015.

²⁰ Zu diesem Wechselspiel von Rechtspopulismus und Populärkultur DE CLEEN, 2016.

tärer Kreise und subkultureller, eher neurechter Symboliken, die spezifischer auf die Geschichte verweisen: Kyffhäuser, Sparta, Karl Martell et cetera – die Belagerung Wiens hat im österreichischen Rechtspopulismus auch über kleinere Kreise hinaus einige Bedeutung erlangt²¹). Es wird vor allem darüber gesprochen, dass nicht zu viel über den Nationalsozialismus gesprochen werden solle, sondern über positive Aspekte der deutschen Geschichte. Oft scheint es jedoch, als habe diese erst 2015 begonnen und sei seitdem katastrophal verlaufen – die positiven Aspekte, denen man sich zuwenden solle, werden selten explizit benannt (mit wenigen Ausnahmen wie Alexander Gaulands Ausspruch zu den „Leistungen“ deutscher Soldaten in den Weltkriegen). „Tradition“ ist oft eher auch ein recht ungefüllter, unkonkreter Ausdruck zur Legitimation von Abgrenzung oder verweist eher auf Konvention denn auf Überlieferung: auf eine übliche Weise der Lebensführung ohne den emphatischen Charakter einer gepflegten Tradition.

Diese Haltung zum kulturellen Konsum passt in ein umfassenderes Muster: wenn wir davon sprechen können, dass analog zu früheren politischen Milieus ein rechtspopulistisches Milieu entstanden ist²², dann zeichnet sich dieses im Gegensatz zu anderen nicht durch eine weitgehend politisierte Alltags- und insbesondere Konsumpraxis aus. Zum grün-alternativen Milieu gehört zum Beispiel idealtypisch der möglichst ökologische (und in anderer Weise auf gesellschaftliche Alternativen ausgerichtete) Konsum oder Nichtkonsum und zu einem religiös-konservativen passt der sittliche Lebenswandel im Sinne der jeweiligen Moral. Im Bereich des Rechtspopulismus sind zwar Symbole politischer Identität aufgekommen, die insbesondere online angeeignet werden, konzentriert sich die Anhänger*innenschaft der Ideologie allerdings auf gewisse Klassenfraktionen in der sozialen Schichtung, teilweise auch gewisse Regionen oder Viertel, und korreliert die politische Haltung mit gewissen Lebensstilen.²³ Das spricht für die Existenz eines Milieus im Sinne einer verdichteten gesellschaftlichen Formation. Man findet online und in rechten Alternativmedien zwar empörte Beiträge und Boykottaufrufe, wenn durch ein Angebot angeblich die einheimische traditionelle Kultur verraten wird (etwa wenn Penny zur Weihnachtszeit „Zipfelmänner“ verkauft), jedoch finden sich kaum Diskurse

²¹ Siehe etwa zu einem entsprechenden Wahlkampfcomic der FPÖ BRANTNER/LOBINGER, 2014.

²² KRÄMER/VOLL/MEUSEL u. a., 2019.

²³ EBD.

darüber, wie kulturelle Praxis und Lebensführung politisch durchzuformen seien, etwa an der Tradition und an ethnischen Kategorien auszurichten wären.

Man kann das als Zeichen lesen, dass das Zeitalter der politischen Milieus zu Ende sei und diese hier nur noch einmal in einer schwachen Form wiederaufleben, ohne dass die Lebensweise wirklich stark weltanschaulich angeleitet würde. Jedoch identifizieren sich Teile der rechtspopulistischen Anhänger*innenschaft sehr stark mit der Weltanschauung und haben Symbole und Praktiken herausgebildet, die vor allem auf den sozialen Medien, aber auch zum Beispiel bei Demonstrationen oder im persönlichen Umfeld gezeigt werden und eine spezifische Identität signalisieren: wiederkehrende Begrifflichkeiten und sprachliche und visuelle Stile (zum Beispiel sarkastische Bezeichnungen für Zugewanderte, düstere Darstellungen Angela Merkels, offene Briefe, die an die Politik appellieren, Probleme der einfachen Leute zu lösen et cetera), die intensive Verwendung von Nationalflaggen und Varianten davon (zum Beispiel auch in Profilbildern auf sozialen Medien und Sharepics), das Teilen von Beiträgen von etablierten und Alternativmedien zu typischen Themen et cetera.

Vielleicht handelt es sich eben umgekehrt um ein Wiederaufleben der politischen Milieus infolge einer Polarisierung, und bei dem rechtspopulistischen um das zeittypischste politische Milieu, dem es gerade um das Festhalten an einer Lebensführung geht, die als unpolitisch galt, die aber angesichts der Kritik daran politisch wird. Populärkultur und andere Konsumweisen kommen eben zum Beispiel als sexistisch und rassistisch, als ungerecht und unökologisch unter Beschuss und Teile der Bevölkerung möchten in teilweise erbitterten Abwehrkämpfen daran festhalten. Und darüber hinaus verbinden eben Ideologie, Symbolik, bestimmte typische soziale Lagen und neue und alte Formen der Vernetzung einer Gruppe von Menschen zu einem Milieu.

Wenn wir uns nun den populistischen Führungspersönlichkeiten zuwenden – sind sie volkstümlich etwa unterhaltsam? Einige kultivieren durchaus entsprechende Züge wie Humor oder populäre Attribute und Beschäftigungen oder bewusst schlechtes Benehmen²⁴, andere treten aber sehr bürgerlich oder eher exzentrisch als ordinär auf. Populistischen Führungspersönlichkeiten kann also insgesamt kein einheitlicher Habitus attestiert werden. Unter den jeweils gegebenen Bedingungen vermitteln unterschiedliche Arten des Auftretens den Eindruck, den Volkswillen am besten zu erfassen, authentisch zu verkörpern und kraftvoll durchzusetzen beziehungsweise gegen die etablierten Mächte in Stellung zu bringen. Dies und nicht unbedingt die Repräsentativität der Füh-

²⁴ Zu diesem und anderen Aspekten des populistischen Stils siehe zum Beispiel MOFFITT, 2016, und EKSTRÖM/PATRONA/THORNBORROW, 2018.

rungspersönlichkeiten im Sinne einer typischen Herkunft, Erfahrung und Erscheinung, ist das Hauptversprechen des Populismus. Es kann hier keine Typologie entworfen beziehungsweise es können nicht die bisherigen Fallstudien und Vergleiche aufgearbeitet werden. Es soll also lediglich der Vorstellung widersprochen werden, volkstümliches Auftreten sei Voraussetzung und jede elitäre oder intellektuelle Anmutung werde als unpassend wahrgenommen und führe zu Misserfolg. Um das zu verdeutlichen, müssen einige Beispiele genügen: die Spanne rechtspopulistischer Führungspersönlichkeiten reicht von Silvio Berlusconi bis Frauke Petry oder von Pim Fortuyn bis Norbert Hofer und die Differenzen sind nicht nur ideologisch und programmatisch, sondern eben auch stilistisch.

Die Diagnosen über die kulturellen Affinitäten des Rechtspopulismus bedürfen aber noch der näheren Erforschung und sind auch nur vorläufig – es könnten sich durchaus noch neue und engere Verbindungen herausbilden, je weiter sich der Rechtspopulismus womöglich noch etabliert.

3. Medienpopulismus

Der Zusammenhang zwischen Populismus und Popularität ist also vielschichtig. In gewisser Hinsicht stimmt es aber durchaus, dass Medien des Populismus populär machen, weil sie selbst nach Popularität streben. Oder vielfach eher: weil sie sich darüber legitimieren, zu berichten und diskutieren, was von allgemeinem Interesse ist.

Das Tun der Rechtspopulist*innen hat oft einen relativ hohen Nachrichtenwert, weil es (bewusst) anstößig ist, damit Konflikt generiert, überrascht, und sogar potenziell Schaden anrichten oder Gewalt legitimieren kann, deshalb ist den Medien in der Literatur ein „*news value populism*“ zugeschrieben worden.²⁵

Der gezielte und offene Tabubruch wird oft als Hauptstrategie des Rechtspopulismus angesehen. Aber die Strategien sind teilweise auch ausgefeilter, indem die Provokation bewusst uneindeutig bleibt, so dass die radikalste Deutung sowohl herausgelesen als auch abgestritten werden kann.²⁶ Insofern verhelfen die Medien dem Rechtspopulismus durch seine an eine journalistische Logik angepasste Selbstinszenierung zumindest zu Aufmerksamkeit – ob in jedem Fall zu Popularität, und in welchem Maße, wäre wie oben angedeutet allerdings noch zu fragen.

²⁵ KRÄMER, 2014; BOS/BRANTS, 2014.

²⁶ ENGESSER/ERNST/ESSER u. a., 2017.

Allerdings sollte diese Art des Nachrichtenwerts nicht überbetont werden. Er unterliegt womöglich einer gewissen Abnutzung, ohne dass damit ein streng gesetzmäßiger Lebenszyklus der medialen und allgemeinen Aufmerksamkeit für den Rechtspopulismus unterstellt werden soll.²⁷ Vielleicht kann *ceterus paribus* doch mit einem abnehmenden journalistischen Neuigkeitswert und einer Ernüchterung von Teilen der Bevölkerung gerechnet werden, wenn die rechtspopulistische Rhetorik zwar weitergeht, aber die politische Wirksamkeit begrenzt bleibt. Andererseits können sich immer neue Gelegenheitsstrukturen in Form von politischen Ereignissen, neuen Debatten et cetera ergeben und der Rechtspopulismus kann aus sich heraus, auf der Grundlage fast jedes Themas, eine Krisenwahrnehmung generieren beziehungsweise eine allgemeine Repräsentationskrise und Krise der Benachteiligung der „normalen“ Bevölkerung beschwören, ohne dass es dazu einer spezifischen Sachlage bedürfte.²⁸

Der Anlass, dass zum Beispiel die Alternative für Deutschland (AfD) in den Medien präsent ist, ist ja heute keineswegs immer nur eine Provokation – wenn das früher jemals der alleinige Anlass war. Vielmehr wird die Partei oft als Teil des politischen Spektrums und parlamentarische Kraft berücksichtigt (in Parlamenten vertreten zu sein verschafft ohnehin Zugriff auf Ressourcen und auf neue Instrumente, öffentliche Wahrnehmung zu generieren, wie Reden, Anfragen, Anträge, Abstimmungsverhalten, das Verhalten im Plenum et cetera). Normalisierung wäre also statt beziehungsweise zusätzlich zu Skandalisierung ein Hauptmechanismus (Skandalisierung zu betonen, würde auch den im Rechtspopulismus häufigen Vorwurf bestätigen, man komme nur aus negativen Anlässen und als Gegenstand der Empörung vor).

Ohnehin lebt der Rechtspopulismus nicht nur von der unmittelbaren Aufmerksamkeit für sein Spitzenpersonal, sondern auch vom Mainstreaming seiner Deutungen und von der Präsenz seiner Themen, und zwar aufgrund der Assoziation von Themen mit Parteien in der Wahrnehmung der Wählenden und aus Sicht des Journalismus.

Zunächst bedingt die mediale Sichtbarkeit von Themen oft eine wahrgenommene Relevanz in der Bevölkerung (*agenda setting*). Präsenzte Themen fließen dann stärker in politische Wahlentscheidungen ein (*issue priming*) und Personen präferieren vor allem diejenige Partei, die sie positiv mit einem Thema as-

²⁷ Zu einem solchen Lebenszyklusmodell siehe zum Beispiel HERKMAN, 2017; MANUCCI/WEBER, 2017.

²⁸ MOFFITT, 2015.

soziieren, die das Thema besetzt hat oder „besitzt“ (*issue ownership*).²⁹ Hieraus ergibt sich auch, dass die Strategie leicht scheitern kann, bei der die Konkurrenz versucht, die Themen des Rechtspopulismus selbst zu besetzen und sich eventuell ihren Positionen anzunähern, um ihm die Wählerschaft abzugraben. In der kritischen medialen Diskussion wird dann oft gewarnt, dass Menschen bei einem Thema „das Original wählen“, also nicht die Partei, die es strategisch aufbringt, sondern diejenige mit den stärksten Forderungen zu diesem Thema, was eine nicht ganz deckungsgleiche Umschreibung der vorgenannten These des *issue ownership* darstellt.

Rechtspopulismus ist überdies letztendlich nicht unbedingt durch Regierungsbeteiligung erfolgreich, sondern durch Anpassung der anderen Parteien. Die wenigsten Verschärfungen in der Asyl- und Zuwanderungspolitik gehen auf eine Regierungsbeteiligung oder gar Alleinregierung rechtspopulistischer Parteien zurück.³⁰ Selbst wenn es gelänge, durch Besetzen entsprechender Themen die eigentlich rechtspopulistischen Parteien zu schwächen, dann wäre der Preis in der Regel, ihre Politik – in wie auch immer abgeschwächter Form – zu betreiben oder zumindest ihre Definition politischer Probleme langfristig noch stärker als plausibel und legitim in der öffentlichen Diskussion zu verankern, selbst wenn sie kurzfristig noch nicht davon profitieren mögen.

Wenn nun ein mit dem Rechtspopulismus stark assoziiertes Thema sehr präsent ist, dann legt das auch wiederum nahe, dass seine Vertreter*innen medial sehr präsent sind. Denn wenn das Thema eines Beitrags oder einer Diskussion zum Beispiel „Zuwanderung“ lautet, dann kann „Ausgewogenheit“ so simpel interpretiert werden, dass sowohl Stimmen „gegen“ als auch „für“ Zuwanderung präsent sein müssen, was bedeuten kann: Rechtspopulist*innen und irgendwelche anderen. Die höchst unbestimmte journalistische Norm der Ausgewogenheit hängt eben an der kontingenten und wandelbaren Definition politischer und themenbezogener „Seiten“, was in Zeiten relativer Stabilität und als selbstverständlicher wahrgenommener Lager nur nicht weiter auffällt.

Den Zusammenhang von Medien und Populismus auf Nachrichtenwert oder gar Sensationalismus zu reduzieren, würde also der Komplexität der Beziehung

²⁹ Diese Darstellung vereinfacht natürlich die Ansätze und Befunde einer sehr breiten Literatur sehr stark, vergleiche zum Beispiel die Beiträge in TRESCH/LEFEVERE/WALGRAVE, 2015. Umgekehrt wählen auch Menschen eine Partei gerade nicht, weil sie ein präsenten Thema negativ mit ihr verbinden (*negative issue ownership*, WAGNER/MEYER, 2015), also zum Beispiel rechtspopulistische Parteien mit einer falschen Zuwanderungspolitik oder gar dem Nationalsozialismus assoziieren.

³⁰ MUDDE, 2013.

und der journalistischen Normen und Routinen nicht gerecht. Journalistische Praxis ist nicht auf Maximierung der Reichweite beschränkt und selbst diese erzielt man nicht nur mit Spektakulären und Skandalösem. Journalismus ist eine Tätigkeit, die durch eine Vielzahl von Konventionen, praktischen Wissensbeständen, expliziten und impliziten Normen, Organisationsstrukturen, kulturellen Vorstellungen et cetera geprägt ist (auch Nachrichtenwerte sind keine reinen Regeln der Reichweitenmaximierung, sondern entspringen auch Überzeugungen, worüber Journalismus berichten sollte, worüber zu berichten sachlich und normativ geboten ist, was fraglos wichtig erscheint). Der Journalismus „bewirtschaftet“ nicht nur seine Reichweite, sondern auch sein Vertrauens- beziehungsweise symbolisches Kapital, seine Geltung als legitime Weltdeutung und professionelle Tätigkeit in den Augen des Publikums und der jeweiligen Kolleg*innen. Dass es nicht nur um den Nachrichtenwert des Rechtspopulismus geht, zeigen bereits die kontroversen Diskussionen und die gegenseitige Kritik, wenn es darum geht, wie zum Beispiel mit der AfD umzugehen sei.³¹ Das heißt nicht, dass man die Behandlung des Rechtspopulismus nach geltenden journalistischen Normen in jeder Hinsicht unproblematisch finden muss, nur weil sie nicht von reinem Sensationalismus getrieben ist. Gerade bestimmte Normen können Folgen haben, die reine Reichweitenmaximierung gar nicht unbedingt haben muss, oder zumindest die gleichen Konsequenzen. Deshalb ist es wesentlich auf dieser Unterscheidung zu beharren und nicht schlicht zu unterstellen: ein Journalismus, der einfach journalistische Normen befolgt, habe es einfach im Umgang mit dem Rechtspopulismus und sei über jeden Zweifel erhaben.

Rechtspopulistische Akteur*innen steuern den Journalismus nicht nur durch den Nachrichtenwert einzelner Ereignisse, sondern auch mittel- und langfristig durch den Vorwurf, der Journalismus gehe unfair mit ihm um und verstoße dabei gegen journalistische Normen – und infolge dessen oder auch unabhängig davon wirft sich der Journalismus dies auch selbst vor. Außerdem hat sich in der öffentlichen Debatte ein Deutungsrahmen herausgebildet, dass praktisch jede Form der Kritik oder der Gegenmaßnahmen (wie die Nichteinladung) letztlich den Rechtspopulismus stärke, da sich Rechtspopulist*innen in eine Opferrolle begeben und die schlechte Behandlung ausschlichten könnten. Zum manchmal hintergründigen und manchmal expliziten weltanschaulichen Antipopulismus der etablierten Medien gesellt sich also auf anderer Ebene ein Diskurs des

³¹ Die nachfolgenden Aussagen über solche Diskurse stützen sich im Wesentlichen auf die Befunde einer eigenen kritischen Analyse dieses Diskurses: KRÄMER/LANGMANN, 2019.

furchtsamen oder berufsethischen Anti-Antipopulismus: zu sehr antipopulistisch zu sein, sei gefährlich und/oder unprofessionell.

Durch diverse Vorstellungen, was dem Rechtspopulismus letztlich nütze und welche Arten mit ihm umzugehen unjournalistisch seien, beschränkt sich das Spektrum kritischer Reaktionen erheblich. Gewiss gibt es kritische Meinungsbeiträge und Analysen. Recht positiv werden in der metajournalistischen Diskussion vor allem kritische Interviews oder Diskussionen mit anderen, schlagkräftigen Teilnehmenden gesehen.

Kritische Fragen zu stellen und mit Einwänden und weiteren Fragen nachzuhaken, gilt als journalistisch legitim und habe dann quasi nebenbei die vorteilhafte Wirkung, den Rechtspopulismus zu „entzaubern“. Aber auch hier wird in der innerjournalistischen Diskussion bereits gewarnt, Rechtspopulist*innen nicht anders zu behandeln und Interviews nicht zu „Verhören“ werden zu lassen, sondern sich ans klassische journalistische Handwerk zu halten. Am unproblematischsten gilt wohl das Streitgespräch, bei dem die Moderierenden unparteiisch erscheinen und anderen die kritische Auseinandersetzung überlassen. Nur liegt eben bereits in der Themensetzung, den Fragen, der Besetzung et cetera eine unvermeidliche Wertentscheidung, wie weit man dem Rechtspopulismus entgegenkommt.

Jedenfalls wird der *schlagfertige Antipopulismus* gefordert und gefeiert. Auf sozialen Medien werden einzelne Videos von Interviews aus Talkshows und Parlamentsdebatten geteilt, wie rechtspopulistische Parteien und Personen „zerlegt“, „zerstört“ oder eben „entzaubert“ wurden – die Metaphorik ist verständlich, offenbart aber sofort eine Überschätzung und einen Glauben an magischen Wirkungen logischer und rhetorischer Kunststücke – auch wenn die Gegenseite durchaus ja nicht gut wegkommt.

Der Verweis auf einzelne journalistische Normen und kritische Interviews oder schlagfertige Streitgespräche ersetzt nicht zwei grundlegende Debatten: erstens welche Art des öffentlichen Diskurses der Journalismus insgesamt konstituieren sollte, insbesondere was seine Grenzen und Regeln sind und wann eine Strategie als reine Instrumentalisierung von Diskursen eingeordnet werden kann, und zweitens wie Menschen ein rechtspopulistisches Weltbild erwerben und sich von diesem wieder lösen könnten.³²

Dass journalistische Normen oft keine besonders guten Anhaltspunkte bieten, wie mit dem Rechtspopulismus umzugehen sei, zeigen auch die Fälle, wo er gleichsam in einem trojanischen Pferd in die öffentliche und politische Arena

³² Andeutungen zum ersten Aspekt in KRÄMER/SCHINDLER, 2018. Erörterungen zum zweiten Aspekt müssen anderen Publikationen vorbehalten bleiben.

einzieht. Die AfD begann als „Professorenpartei“ (obwohl bereits viele der heute Führenden von Anfang an in der Partei präsent war), Trump wurde offizieller Kandidat und Präsident der Republikaner (nicht ohne ein vorheriges Erstarken rechtspopulistischer und anderer rechter Kräfte in der Partei), die Tories wandelten sich unter Boris Johnson zu einer teilweise populistischen Brexit-Partei. Die Berichterstattung über sie begann nach journalistischen Routinen, die auf etablierte und „nichtextreme“ politische Kräfte angewandt werden: etablierte Kräfte sind per Definition relevant und müssen im Zuge der Herstellung von Ausgewogenheit repräsentiert werden; moderat erscheinende Kräfte, die eine Gegenposition in einer wichtigen Frage einnehmen (zum Beispiel in der europäischen Schuldenkrise oder hinsichtlich des Brexit), müssen zu Wort kommen. Andererseits finden sich dann kaum Kriterien, wie weiter zu verfahren ist, wenn entsprechende Parteien und Personen immer extremere Positionen einnehmen, mit denen sie sich ansonsten höchstwahrscheinlich für eine normale journalistische Behandlung disqualifiziert hätten – über sie wäre gar nicht oder nur als Problem, nicht als Teil des legitimen politischen Spektrums berichtet worden. Bei einer langsamen Radikalisierung lässt sich jedoch kein Punkt mehr finden, ab dem anders oder nicht mehr berichtet werden sollte, und ein anderer Umgang lässt sich schwer begründen.

Der Rechtspopulismus profitiert also von journalistischen Aufmerksamkeitsmechanismen im weitesten Sinne und instrumentalisiert für umfangreiche und möglichst unkritische Berichterstattung journalistische Normen beziehungsweise diese befördern ihn und bieten oft keine gute Handhabe gegen ihn. Darüber hinaus profitiert er aber auch davon, wenn gewisse Deutungen, Begriffe und Argumente, selbst wenn sie nicht exakt deckungsgleich mit seiner Ideologie sind, in der Öffentlichkeit präsent sind. Auch hier zeigt sich, dass Regeln des journalistischen Arbeitens unterbestimmt sind, und zugleich entstehen selbstverständlich erscheinende Realitätsbeschreibungen, die dem Rechtspopulismus in die Hände spielen können.

Manchen Medienbeiträgen ist ein epistemischer Populismus eigen, der eine Affinität zum Rechtspopulismus aufweist, wenn Kategorien und Zusammenhänge zugrunde gelegt werden, die auch im Weltbild des Rechtspopulismus relevant sind. Commonsense, auch der journalistische – das Selbstverständliche, Vernünftige, nüchtern Betrachtete, unmittelbar Einleuchtende, Objektive – ist zunächst nur eine Folge der Naturalisierung von Kategorien: im alltäglichen Denken, in der offiziellen Nachrichtensprache und sogar in der journalistischen Selbstreflexion sind „die Nationalität/Herkunft des Täters“, „die Kultur“ von Zugewanderten aus dem Land X, die Kriminalität von Menschen mit Migrationshintergrund (noch gar nicht die Frage, wie ausgeprägt sie ist, sondern als

Kategorie), „der Extremismus“ et cetera ein Ding. Sie sind fraglos existierende soziale Tatsachen, die als selbstverständlich relevant, neutral und erklärungskräftig erscheinen, ohne dass normalerweise spezifiziert würde, warum das eine angemessene Beschreibung ist und was genau dadurch erklärt wird. Im Rahmen journalistischer Normen können Aussagen auf der Grundlage dieser Kategorien als zutreffend und neutral gelten. Solche Kategorien werden jedenfalls nicht nur als irgendeine Art gesehen, die Welt zu sehen und einzuteilen, die so und anders ausfallen könnte. Wir haben uns vielmehr daran gewöhnt und es ist in medialen Routinen verankert, dass diese Dinge in der sozialen Welt eben vorkommen, während andere Dinge keine Kategorie sind, sondern erst argumentativ eingeführt werden müssen beziehungsweise in regulären journalistischen Texten zumindest fremd und oft auch parteiisch wirken würden: man stelle sich eine Tagesschau-Meldung über einen Sexualstraftäter „aus der Arbeiterklasse“ vor oder dass man in deutschen Regionalzeitungen ohne Erklärung und affirmativ den Begriff „People of Color“ verwenden würde.

Dabei sind Kategorisierungen höchst wandelbar: eine große Gruppe mit Migrationshintergrund wurde früher als (Gast-)Arbeiter klassifiziert, während sie und ihre Nachkommen heute vor allem als Muslime eingeordnet werden. Das schließt sich natürlich nicht aus und ist je nach Fall nicht falsch, aber Letzteres ist heute die relevanteste Art der Kategorisierung, ja scheint fast die einzige zu sein, welche die wesentlichen Merkmale dieser Bevölkerungsgruppe erfasst, und nicht zum Beispiel etwa ihr sozialer Status.³³

In den verwendeten Kategorien, in der Art der Themensetzung und Problemdefinition, der Formulierung von Fragen in Interviews kann man die Welt auf eine Art und Weise beschreiben, welche dem Weltbild des Rechtspopulismus ferner oder näher steht, kann die Beschreibung als fraglos und natürlich erscheinen lassen oder den Zweifel, die Kontingenz markieren.

Man kann etwa, wie in einer Talkshows geschehen, fragen: „Wie unsicher wird Deutschland [durch Flüchtlinge]?“ oder eben „Wird Deutschland unsicher durch Flüchtlinge?“ oder „Wodurch wird Deutschland unsicher?“ oder „Wird Deutschland unsicherer?“ oder „Wodurch ist Deutschland sicherer geworden?“ oder „Unter welchen Bedingungen werden Menschen zu Straftätern?“ oder „Was macht Länder weltweit sicherer und unsicherer?“ oder „Wie werden Gefühle der Unsicherheit geschürt?“ oder „Was prägt unsere Vorstellung von Sicherheit und Bedrohungen?“ et cetera. Auf die Kritik des erstgenannten Themas hin lieferte die Redaktion jener Talkshows ein Musterbeispiel des medialen epistemischen Populismus mit einer Naturalisierung von Kategorien und einer

³³ YILMAZ, 2012.

Legitimation durch das Interesse der allgemeinen Bevölkerung: „Framing? Als Journalisten können wir mit diesem Begriff wenig anfangen. Wir versuchen das, was Menschen beschäftigt, so darzustellen, wie es ist.“³⁴

Im Zuge des epistemischen Populismus im Journalismus, der sich mit demjenigen des Rechtspopulismus überschneidet, verbittet man sich etwa auch Belehrungen durch diejenigen, die solche Kategorien – wie auch geschlechterbezogene – dekonstruieren wollen, oder mokiert sich über diese Dekonstruktionsversuche. Es hat sich unter einer Reihe von bekannten Feuilletonisten und Kolumnisten (nicht nur in den traditionell konservativen Medien) ein *konventionalistisch-liberaler Populismus* herausgebildet, der eine Bedrohung der Freiheit, der „normalen“ Lebensweise durch den Illiberalismus der Linken, ihre politischen Korrektheit und Hypermoral, und durch „Verbotsparteien“ beschwört – und starken Widerhall in den sozialen Medien findet. Teilweise beklagen die Beiträge mit eher ironischem Ton den Verlust der Lebenswelt und -weise sowie der Deutungshoheit des alten weißen Mannes, teils sind sie polemisch und brandmarken diverse soziale Bewegungen und politische Forderungen als totalitär.³⁵

Es handelt sich hier um eine neuere Variante des Konservatismus, dem es nicht mehr auf die Disziplinierung von Unsittlichkeit geht, sondern um die Verteidigung einer Lebens- und Wirtschaftsweise – ein Diskurs, der rhetorisch einerseits auf dem älteren Schema „Freiheit statt Sozialismus“ und der Abwehr der Politisierung des Privaten aufbaut, aber teilweise auch eine Rebellion gegen einen neuen Puritanismus inszeniert, gegen einen Moralismus etwa des Feminismus oder der Klimaschutzbewegung.

Populistisch im weitesten Sinne ist diese Variante des Liberalismus zunächst, weil sie sich auf die Plausibilität der mehrheitlichen Alltagserfahrung beruft und gewisse andere politische Lager grundsätzlich delegitimiert: die konventionelle Lebensweise und Sichtweise auf die Welt müssen harmlos sein und die ökologische, feministische, antirassistische, postkoloniale et cetera Kritik daran ist so abwegig und radikal, dass sie als totalitär erscheinen muss. Und dieser Liberalismus ist populistisch, weil er teilweise auch die Lebensweise und Belas-

³⁴ HART ABER FAIR, 2018.

³⁵ Statt sie als konkurrierende politische Vorschläge zu sehen, die wie jede Form der Regulierung eines gesellschaftlichen Bereich – sei es in Form eines Marktes, einer Besteuerung, eines Verbotes, einer formellen oder informellen Normierung et cetera – Folgen und Nebenfolgen haben, Handlungsspielräume eröffnen und Einschränkungen setzen, eine Verteilungswirkung haben, Anerkennung geben und versagen, et cetera.

tungen einfacher Leute in Stellung bringt: was soll der Arbeiter mit überzogenen Forderungen nach Klimaschutz anfangen, wenn er jeden Tag mit dem Auto zur Arbeit fahren muss, und was hat der intersektionale Queerfeminismus mit seinen Sorgen zu tun?

Hier besteht eine Kontinuität mit dem radikalen Antifeminismus des Rechtspopulismus, der gegen die „politische Korrektheit“ und gegen „Denkverbote“ kämpft (was in die Relativierung des Nationalsozialismus und des Holocaust übergehen kann), erbittert ressourcenintensive Branchen und Lebensstile verteidigt (bis zur Leugnung des Klimawandels) und andere politische Lager und soziale Bewegungen als totalitär delegitimiert, oft mit Deutscher Demokratischer Republiktreu (DDR)- und vor allem Nazivergleichen. Natürlich sollen die Haltungen der angesprochenen Medienschaffenden damit keinesfalls gleichgesetzt werden und diesen auch nicht das Recht auf Äußerung abgesprochen werden, sondern nur die Affinitäten aufgezeigt werden. Entsprechende Medienbeiträge werden dann von entsprechenden Social-Media-Accounts lobend, manchmal gar triumphierend herumgereicht, auf denen sonst die Lügen- und Systempresse beschimpft wird, weil nun sogar die etablierten Medien eingestehen müssen, dass man recht hat, beziehungsweise sich endlich einmal jemand traut, all dies auszusprechen. Die Grundaussagen werden freilich dann oft noch extrem zugespitzt und teilweise in verbale Angriffe umgewandelt.

Wir haben es hier mit einer Variante des Medienpopulismus zu tun, der nicht einfach dem Rechtspopulismus Aufmerksamkeit verschafft, sondern ein förderliches diskursive Klima miterzeugt, indem Deutungen in die Öffentlichkeit gelangen, welche eine Affinität zur rechtspopulistischen Ideologie aufweisen. Auch sonst finden sich Varianten eines inhaltlichen und performativen Medienpopulismus, bei dem man zwischen einer banalen und einer vollen ideologischen Variante unterscheiden könnte.

In einem *banalen Medienpopulismus* machen sich Medien zum Sprachrohr der „einfachen Leute“ gegen „die da oben“, berufen sich auf ein unbestimmtes „Wir“ (womit vage, aber doch feststellbar meist die angestammte Mehrheitsbevölkerung gemeint ist) und kultivieren einen allgemeinen Zynismus gegenüber der etablierten Politik. Dieser banale Medienpopulismus ist durchaus kompatibel mit *banalem Antipopulismus*, der beiläufig und fraglos unterstellt, dass der ideologische und organisierte Populismus abzulehnen sei.³⁶

Interviews zu führen oder Talkshows zu moderieren ist oft eigentlich eine Form der Schauspielerei: man stellt Fragen, bei denen man im Prinzip schon weiß, wie die Befragten antworten werden, oder die man selbst so gar nicht

³⁶ GOYVAERTS/DE CLEEN, 2019, die sich auf BILLIG, 1995, beziehen.

stellen würde, da man sich aus eigenem Interesse ganz anders mit den Befragten unterhalten würde. Jedoch unterstellt man gewisse Vorstellungen und Interessen seitens des Publikums und je nachdem, welche das sind und wie sie den Befragten entgegengehalten werden, kann dies ebenfalls populistische Züge annehmen.

Ideologischer Medienpopulismus im engsten Sinne setzt dann das gesamte ideologische und stilistische Arsenal eines ausgebauten Populismus, zum Beispiel des Rechtspopulismus europäischer oder US-amerikanischer Prägung, ins Werk. Medienorganisationen beziehungsweise Medienpersönlichkeiten selbst nehmen dann deutlich in Anspruch, gegenüber den herrschenden Eliten einen prinzipiell einheitlichen Volkswillen zu repräsentieren und gegen die Zumutungen von oben und durch Minderheiten und „Fremde“ zu kämpfen – alleine oder in enger Allianz mit entsprechenden Parteien und politischen Führungspersönlichkeiten.³⁷

4. Die „einfachen Erklärungen“ des Rechtspopulismus

Neben der Wissenschaft beteiligt sich auch der Journalismus an der Deutung und Erklärung des Rechtspopulismus und der Rolle der Medien – eine weitere Ebene im Verhältnis von Medien und Populismus. Auch wenn ich mich nur teilweise auf empirische Erhebungen stützen kann, möchte ich einige Erklärungen identifizieren, die mir in den Medien und spezialisierten öffentlichen, aber noch nicht unbedingt wissenschaftlichen Diskursen recht präsent erscheinen und die sich für eine Auseinandersetzung lohnen. Natürlich reicht der Platz nicht für eine detaillierte Kritik, weshalb ich sie nur polemisch als „einfache Erklärungen“ bezeichnen möchte, da jede von ihnen so komplex ist, und die Probleme nur andeuten kann.

Nur kurz erwähnt werden sollen allzu kurzschlüssige Erklärungen, wonach der Rechtspopulismus ein direkter Reflex auf „den Neoliberalismus“ sei. Hier wird oft nicht der Mechanismus spezifiziert, durch den sich eine bestimmte ökonomische Lage innerhalb eines nicht besonders präzise bestimmten ökonomischen Systems in eine ideologische Haltung umsetzen soll (womit ökonomische Ursachen des Populismus keinesfalls bestritten werden sollen). Einige Erklärungen nehmen auch an, dass die Anhänger*innenschaft des Rechtspopulismus eigentlich schon die „wahren“ Probleme der sozialen Ungleichheit, der individualistischen Konkurrenz, der Globalisierung et cetera erahnt, demnach also halb, vorbewusst schon das richtige politische Bewusstsein hat und nur ei-

³⁷ KRÄMER, 2014.

nen Anstoß braucht, um ihre „eentlichen“ Probleme und Interessen auf den Begriff und politisch zur Geltung zu bringen. Eigene Problemdefinitionen werden dabei in andere hineinprojiziert und es erscheint nur eine Frage der klugen Strategie und der nötigen Anstrengung, die Menschen zum richtigen Bewusstsein zu bringen. Das Spiegelbild solcher Erklärungsversuche ist vielleicht die – allerdings wohl seltener werdende – Entpolitisierung des Rechtspopulismus. Menschen wählten die entsprechen Parteien gar nicht aus eigentlich ideologischen Gründen, sondern nur um durch Protest auf alltägliche, eigentlich nicht einmal recht politische Probleme aufmerksam zu machen, oder auf eine allgemeine Vernachlässigung durch die Politik.

Diese Erklärungen – die zu direkt ökonomische, die des falschen, aber vielleicht auch fast richtigen Bewusstseins und die der Protestwahl – unterschätzen den konkreten ideologischen Gehalt des Rechtspopulismus: im Hinblick worauf man sich von der Politik nicht repräsentiert fühlt, wie Ungleichheiten kritisiert und zugleich an anderer Stelle gerechtfertigt werden, und aufgrund welcher Erfahrungen man ein solches Weltbild erwirbt. Die im Rechtspopulismus präsente Kritik an ökonomischen Verhältnissen mag zwar auf den ersten Blick an andere anschlussfähig sein, jedoch geht es im Rechtspopulismus, soweit er nicht ohnehin wirtschaftsliberal ausgerichtet ist, (auch) um ein Gefühl der ökonomischen Benachteiligung gegenüber Minderheiten und „Fremden“, und darüber hinaus um den Ausschluss dieser Gruppen von dem in einem Nationalstaat akkumulierten Wohlstand und von einem nationalen Sozialsystem. Ökonomische Probleme werden als Elitenversagen und nicht als systemisches gedeutet, ferner wird ökonomische Ungleichheit durchaus legitimiert, etwa durch ethnische Differenzen, unterschiedliche Fähigkeiten oder über Unterscheidungen „anständiger“ und anderer Arbeit.

Keine Erklärung im eigentlichen Sinne ist die These, dass die Anhänger*innenschaft gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen wähle, sofern das Programm rechtspopulistischer Parteien für soziale Entsicherung steht. Die Erklärung kann dann nur Irrationalität, Unwissenheit oder eine unheimliche Propagandawirkung sein. Oder man unterstellt, dass die rechtspopulistische Klientel andere Ziele eben für wichtiger halte als ihre ökonomischen Interessen und sie deshalb „rational“ wähle, nämlich gemäß ihren wichtigeren Interessen – wodurch der Begriff der Rationalität freilich seinen Erklärungsgehalt einbüßt, wenn jede Präferenz als rational gelten kann, aber dadurch eben noch lange nicht erklärt wird.

Es sollen nun aber einige Erklärungen diskutiert werden, die öffentlich präsenter scheinen und einen stärkeren Medienbezug aufweisen.

4.1 Der Rechtspopulismus als postfaktische Krankheit und technisches Problem

Wie über Populismus ist schon viel über „Fake News“ als zunehmend entleerter Kampfbegriff geschrieben worden. Freilich sind damit gewisse Erklärungen des Populismus nicht erledigt, sondern eine gewisse Assoziationskette besteht weiter fort: (Rechts-)Populismus lebt von der Verbreitung von Unwahrheit, ja ist Teil einer neuen Epidemie der Desinformation. Dies geschieht vor allem auf sozialen Medien. Diese sind technische Systeme. Die Flut der Lügen ist wegen der technischen Struktur dieser Systeme kaum einzudämmen. Deshalb muss sie vor allem auf den entsprechenden Plattformen und mit technischen Mitteln eingedämmt werden.³⁸

Zwar werden im Bereich des Rechtspopulismus strategisch oder aus Überzeugung Behauptungen verbreitet, die man als unwahr zurückweisen würde, die aber das entsprechende Weltbild bestätigen und legitimieren sollen. Jedoch kann die Auseinandersetzung nicht einfach auf die Ebene der Wahrheit von Aussagen verschoben werden, wenn es um die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung von Menschen oder um ein wünschenswertes Gesellschaftsmodell geht, also um Wertfragen. Rechtspopulist*innen sind nicht einfach im *Irrtum* über gewisse Sachverhalte, die ihnen auf sozialen Medien, in Alternativmedien und durch rechtspopulistische Führungspersönlichkeiten untergejubelt werden, sie *wollen* eine andere Gesellschaft, *fordern* eine Machtausübung, die ihnen nützt und nicht bestimmten anderen. Und sie sind nicht einfach im Irrtum über *einzelne* Sachverhalte, sondern leben im Grenzfall in einer anderen Welt als Menschen mit anderen Anschauungen – eine Welt, in der Dinge einen Sinn ergeben, die andere falsch finden, und in der Dinge, auf deren Vorliegen man sich einigen kann, doch eine andere Bedeutung haben.

Deshalb sind die üblicherweise vorgeschlagenen Erklärungen und Lösungen unzureichend bis kontraproduktiv.³⁹ Natürlich sind nicht alle Diskussionen über den Rechtspopulismus von einer Überbetonung der „Fake News“ geprägt. Wo sie es aber sind, verstellt das den Blick auf ein Ursachengeflecht, von welchem solche falschen Nachrichten nur ein winziger Teil sind. Wahrscheinlich geht von ihnen kaum eine eigene Wirkung aus, sondern sie sind eben in der Regel nur plausibel in einem Weltbild, das man vorher in einem langen Sozialisationsprozess erworben haben muss. Der Fokussierung auf Desinformation liegt also im Extremfall ein Glaube an eine magische Propagandawirkung irgendwie be-

³⁸ Zu diesem Diskurs siehe FARKAS/SCHOU, 2019.

³⁹ Siehe, auch zum Folgenden, KRÄMER, 2019.

sonders perfider Lügen zugrunde – mit dem oft auch ein Glaube an technische Machbarkeit oder an die befreiende Wirkung geprüfter Wahrheiten einhergeht.

Natürlich ist es nicht grundsätzlich falsch, den nicht allzu abwegigen Gerüchten nachzugehen, ihnen sorgfältig recherchierte Fakten entgegenzustellen und über diese möglichst breit aufzuklären. Jedoch sollte der Journalismus seine Ressourcen nicht nur in die Prüfung isolierter Einzelaussagen stecken – während er dann womöglich in den großen Fragen „beide Seiten“ anhört: die Klimaforschung und ihre Leugnung, historische Befunde und Geschichtsrevisi-onismus, et cetera. Vielmehr sollte er sich einerseits darauf festlegen, was nach bestem Wissen als gesichert gelten kann, umgekehrt aber auch die Weltbilder rekonstruieren, aus denen heraus das in Frage gestellt wird (wobei sie deutend nachvollziehen nicht heißt, sie „ausgewogen“ als gleichrangig darzustellen). Dabei sollte er größere Zusammenhänge herstellen, wirkliches Orientierungswissen bieten, also zum Beispiel nicht nur über einzelne Gerüchte über die üppige Versorgung von Asylbewerbern berichten, sondern ergründen, wie Menschen darauf kommen, diese würden grundsätzlich gegenüber Einheimischen bevorzugen oder zumindest auf ungerechte Weise verwöhnt. Er sollte außerdem die Grundsätze des Sozialsystems, des Existenzminimums, der unterschiedlichen Versorgung von Einheimischen und neu Zugewanderten, die zugrunde liegenden Rechtsgrundsätze, Wertsetzungen und Ungleichheiten sowie die Erfahrungen in diesem System in einem Gesamtzusammenhang thematisieren und kritisch diskutieren.

Isolierte Faktenchecks vernachlässigen also, dass die meisten Aussagen nur im Kontext eines Weltbildes und überdies aufbauend auf Vertrauen akzeptiert werden (wer vielen Institutionen grundlegend misstraut und falsche Vorstellungen über sie hegt, wird auch die Quellen und Grundannahmen einer journalistischen Faktenprüfung in Frage stellen können). Auch „Medienkompetenz“ kann nur eingeschränkt als Gegenmittel gelten, denn auch hier wird auf Wissen und Einstellungen zu einem begrenzten Bereich gesetzt. Aussagen können aber nicht alleine aufgrund heuristischer Regeln zur typischen Qualität bestimmter Quellen beurteilt werden, sondern es bedarf eines ausreichenden gesamten Weltwissens, um Aussagen als unplausibel oder schlicht falsch einordnen zu können.

Auf die Probleme einer technischen Prüfung und Bekämpfung von Falschmeldungen soll hier nicht näher eingegangen werden. Ein solches System schafft auf der Grundlage unausgereifter Technik eine Zensurinfrastruktur und Machtkonzentration, und neigt immer zu potenziell verzerrten und diskriminierenden Entscheidungen, die oft aufgrund der schieren Zahl und der Verslossenheit der Plattformbetreiber keine argumentative Prüfung mehr zulassen.

4.2 Rechtspopulismus als Reaktion

Ein Teil der Erklärungen beschreibt Rechtspopulismus nicht nur als reaktionär, sondern als direkt reaktiv. Die Einschränkung des Sagbaren, die scharfe öffentliche und eventuell private Kritik am Rechtspopulismus, die Stigmatisierung und Herabwürdigung seiner Anhänger*innenschaft et cetera würden rechtspopulistische Haltungen zumindest verstärken, wenn nicht erst so recht hervorrufen – diese Erklärung wird gelegentlich derart in den Vordergrund gerückt, dass fast keine Erklärung mehr übrigbleibt. Fremd- und Selbstkategorisierung bedingen sich gewiss gegenseitig, wie man aus der Soziologie der Devianz und Labeling-Theorie weiß.⁴⁰ Freilich braucht es anfängliche Haltungen, die zumindest bereits eine gewisse Affinität zum Rechtspopulismus aufweisen, bevor es zu einer Polarisierung und Radikalisierung, einer Selbstkategorisierung als abweichend kommen kann. Außerdem wäre empirisch zu zeigen, ob diese Ausgangshaltungen vor allem als Reaktion oder nicht eher durch einschlägige Sozialisation bewirkt werden (durch die kommunikativen Anstrengungen des rechtspopulistischen politischen Lagers und die immer weitergehende Vertiefung in diese Kommunikation, nicht durch die Gegenseite).

Normativ wäre wiederum zu fragen, ob hier nicht letztlich eine Schuldumkehr betrieben wird, indem die Kritik an menschenfeindlichen Ideologien – insbesondere, aber nicht nur wenn sie durch Betroffene vorgetragen wird – für die Existenz und das Erstarken dieser Ideologien verantwortlich gemacht wird. Ferner wäre zu fragen, wie es gerechtfertigt werden kann, öffentliche Kritik an menschenfeindlichen Aussagen zu unterlassen, und wer dafür den Preis zu zahlen hat, wenn Diskriminierung nicht sanktioniert wird.

4.3 Rechtspopulismus als Merkels Repräsentationslücke und Trotz gegen die mediale Willkommenskultur

Eine wichtige Erzählung in der Bundesrepublik lautet auch, die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) habe seit Bestehen derselben beständig dafür gesorgt, dass sich rechts von ihr keine Parteien etablieren konnten. Selbst nun, da das der Fall ist, wird dies unter umgekehrten Vorzeichen wiederholt, gerne mit Verweis auf den einschlägigen Ausspruch von Franz Josef Strauß, dass es rechts der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe: die CDU sei nun eben nach links gerückt und habe eine Lücke hinterlas-

⁴⁰ Klassisch: BECKER, 1963.

sen, welche nun die AfD fülle.⁴¹ Nun ist die Erklärung wie bereits die Vorhergehenden wohl keinesfalls völlig falsch, aber auch hier ergeben sich empirische und normative Probleme.

Diese Erklärung versteht den politischen Raum als einen fixen, absoluten, in dem sich die Parteien im Verhältnis zu den dort ebenfalls verorteten Wählenden positionieren können. Diese Vorstellung vernachlässigt die Folgen einer Repositionierung von Parteien: dass Themen dadurch mehr und weniger salient werden, dass damit nicht nur einfach Wähler*innen hinzugewonnen werden können, sondern dass überall im politischen Spektrum Menschen durch Themensetzungen mobilisiert oder auch demobilisiert werden oder anders über Parteien urteilen, wenn bestimmte Themen wichtig werden, dass sich gar *Cleavages* wandeln können. Die Erklärung vernachlässigt auch den Kontext: mit einem konservativen Kurs würde sich die CDU wohl noch größeren Schwierigkeiten in den Städten und in den jüngeren Generationen gegenübersehen.

Mit Blick auf die Medien werden ähnliche Erklärungen wie mit Blick auf die CDU genannt: es habe (zunächst) keine ernsthafte Kritik an Merkels Flüchtlingspolitik gegeben.⁴² Selbst die Zeitung, von der man es am ehesten erwartet hätte, die *BILD*, habe sich in den Dienst der „Willkommenskultur“ gestellt und damit besonderen Widerwillen gewisser Bevölkerungskreise erregt und ihre Tendenz in Richtung Rechtspopulismus zumindest befördert. Das muss nicht völlig unzutreffend sein (wie schon die vorgenannte „reaktive“ Erklärung), aber das Argument kommt ja durchaus von einer kontraintuitiven Seite: öffentliche Kritik an der Politik der Bundesregierung hätte demnach nicht zu einer Stärkung der kritischen Haltungen in der Bevölkerung geführt, sondern zu ihrer Schwächung. Dass die AfD in der Folgezeit gewann, bestätigt nicht unbedingt diese Erklärung, sondern es bedürfte eines Vergleichs mit dem rein kontrafaktischen Fall, in dem CDU, *BILD* und andere sich stärker gegen die Aufnahme der Flüchtlinge gewandt hätten.

Normativ stellt sich wiederum die Frage, was von Medien und Parteien zu fordern wäre, um „die rechte Flanke zu schließen“. Zunächst sind in ihnen

⁴¹ KRÄMER/LANGMANN, 2019.

⁴² Die medialen Deutungen der Situation Ende 2015 stellen eventuell auch zu sehr auf die Person Angela Merkels ab und zu wenig auf die Umstände, zur sehr auf eine Positionierung Merkels und der CDU als „rechts“ oder „links“ und zu wenig auf europapolitische Überlegungen. Das wäre die bekannte mediale Tendenz zur Personalisierung – eine Personalisierung, die in der rechtspopulistischen Kommunikation mit einer teilweise regelrechten Dämonisierung Merkels, insbesondere in den sozialen Medien, noch auf die Spitze getrieben wird.

Menschen tätig, die Überzeugungen haben und denen mit Blick auf die innere Pressefreiheit beziehungsweise innerparteiliche Demokratie nicht einfach die vermeintlich strategisch klügste Linie aufoktroziert werden kann. Zweitens stellt sich erneut die Frage nach dem Preis – eine Polemik und Politik gegen Zuwanderung ist ja nicht folgenlos (wie in Kapitel 3 mit Blick auf *issue ownership* und die vorausseilende stellvertretende Implementierung rechtspopulistischer Politik durch die etablierten Parteien argumentiert wurde – restriktive Zuwanderungspolitik betrifft Menschen, die nicht einfach Verfügungsmasse für taktische politische Positionierungen sind). Die Beobachtungen zur Positionierung der CDU und der Medien taugen also eher als kontrafaktische Analyse eines Dilemmas denn als nachträglicher oder zukunftsgewandter strategischer Ratschlag. Eher wären Strategien mit Blick auf die sozialstrukturellen Ursachen, die politische Kultur, den diskursiven Kontext des Rechtspopulismus zu entwickeln.

5. Fazit

Medien und Rechtspopulismus sind auf solch vielen Ebenen verbunden, gegensätzlich und gleichsinnig, dass jede wissenschaftliche und öffentliche Debatte wahrscheinlich fehlschlagen wird, die diese Ebenen nicht auseinanderhält. Insbesondere ermöglichen diese verschiedenen Ebenen, im Journalismus und in der politischen Kommunikation entweder selbstgewiss jede Verantwortung für den Aufstieg des Rechtspopulismus abzustreiten, indem man das Verhältnis sehr selektiv auf den unproblematischsten Ebenen betrachtet. Oder man stellt selektiv seine Ratlosigkeit zur Schau. Oder aber man übt sich in Selbstanklage, in einem Populismus, den sich eine journalistische Elite auferlegt, um dem Vorwurf zu entgehen, bestimmten „populären“ Milieus zu fern zu stehen, und um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, man behandle den Rechtspopulismus auf unprofessionelle Weise zu kritisch.

Das Verhältnis zwischen Rechtspopulismus und Medien spielt sich wie dargestellt nicht nur auf der Ebene ab, dass diese ihm Aufmerksamkeit verschaffen oder ihn auf direkte Weise stärken (oder bekämpfen) können, sondern die Medien prägen auch unser Verständnis davon mit, was Populismus sei – oder verunklaren es. Der Begriff des Populismus steckt in einer verfahrenen Lage fest, da er zugleich aufgrund des Wunsches nach schärferer moralischer Verurteilung als euphemistisch abgelehnt wird, als leerer Kampfbegriff kritisiert wird und als vermeintlich neutraler Ersatz für präzisere, aber stärker moralisch aufgeladene Begriffe erhalten muss, etwa wenn man ihn einsetzt, um Rechtsextremismus, Rassismus et cetera nicht so zu benennen. Begriffe, wie sie in den Sozialwissen-

schaften und in der öffentlichen Diskussion verwendet werden, kommen praktisch nie ohne wertende Konnotationen aus. Man kann jedoch versuchen, die klare Analyse von Weltbildern, Ursachen et cetera von der Wertung zu trennen, denn das ist gerade auch für die Entwicklung von politischen, publizistischen, pädagogischen, et cetera Gegenstrategien nötig.

6. Literaturverzeichnis

- ABTS, Koen/RUMMENS, Stefan: Populism versus democracy, in: *Political Studies* 55 (2007), S. 405–424.
- BECKER, Howard S.: *Outsiders. Studies in the sociology of deviance*, New York 1963.
- BETZ, Hans-Georg: Nativism across time and space, in: *Swiss Political Science Review* 23 (2017) 4, S. 335–353.
- BILLIG, Michael: *Banal nationalism*, London 1995.
- BOS, Linda/BRANTS, Kees: Populist rhetoric in politics and media. A longitudinal study of the Netherlands, in: *European Journal of Communication* 29 (2014) 6, S. 703–719.
- BRANTNER, Cornelia/LOBINGER, Katharina: Campaign comics. The use of comic books for strategic political communication, in: *International Journal of Communication* 8 (2014), S. 248–274.
- CANOVAN, Margaret: Trust the people! Populism and the two faces of democracy, in: *Political Studies* 47 (1999) 1, S. 2–16.
- DE CLEEN, Benjamin: The party of the people versus the cultural elite. Populism and nationalism in Flemish radical right rhetoric about artists, in: *JOMEC Journal* 9 (2016), S. 70–91.
- DE CLEEN, Benjamin/STAVRAKIS, Yannis: Distinctions and articulations. A discourse theoretical framework for the study of populism and nationalism, in: *JOMEC Journal: Journalism, Media and Cultural Studies* 24 (2017) 4, S. 301–319.
- DECKER, Oliver/BRÄHLER, Elmar: *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft (Forschung psychosozial)*, Gießen 2018.
- EKSTRÖM, Mats/PATRONA, Marianna/THORNBORROW, Joanna: Right-wing populism and the dynamics of style. A discourse-analytic perspective on mediated political performances, in: *Palgrave Communications* 4 (2018) 1, S. 1–11.

- ELCHARDUS, Mark/SPRUYT, Bram: Populism, persistent republicanism and declinism. An empirical analysis of populism as a thin ideology, in: *Government and opposition: An International Journal of Comparative Politics* 51 (2016) 1, S. 111–133.
- ENGESSER, Sven/ERNST, Nicole/ESSER, Frank u. a.: Populism and social media. How politicians spread a fragmented ideology, in: *Information, Communication & Society* 20 (2017) 8, S. 1109–1126.
- FARKAS, Johan/SCHOU, Jannick: *Post-truth, fake news and democracy. Mapping the politics of falsehood (Routledge studies in global information, politics and society)*, New York 2019.
- FARRIS, Sara R.: *In the name of women's rights. The rise of femonationalism*, Durham 2017.
- FINCHELSTEIN, Federico: Returning populism to history, in: *Constellations. An international Journal of Critical and Democratic Theory* 21 (2014) 4, S. 467–482.
- FREEDEN, Michael: Is nationalism a distinct ideology?, in: *Political Studies* 46 (1998) 4, S. 748–765.
- GOYVAERTS, Jana/DE CLEEN, Benjamin: Media, anti-populist discourse and the dynamics of the populism debate, in: KRÄMER, Benjamin/HOLTZ-BACHA, Christina (Hg.): *Perspectives on populism and the media. Avenues for research*, Baden-Baden 2020.
- HART ABER FAIR: o. T., in: twitter.com, 2018, URL: <https://twitter.com/hartaberfair/status/1003350066814443520> (14. Oktober 2019).
- HATAKKA, Niko: *Populism in the hybrid media system. Populist radical right online counterpublics interacting with journalism, party politics, and citizen activism*, Diss. phil. Turku 2019.
- HEITMEYER, Wilhelm (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 10*, Berlin 2012.
- HERKMAN, Juha: The life cycle model and press coverage of Nordic populist parties, in: *Journalism Studies* 18 (2017), S. 430–448.
- KRÄMER, Benjamin: Media populism. A conceptual clarification and some theses on its effects, in: *Communication Theory* 24 (2014) 4, S. 42–60.
- KRÄMER, Benjamin: Popularity, in: JENSEN, Klaus Bruhn/CRAIG, Robert T./POOLEY, Jefferson D. u. a. (Hg.): *International Encyclopedia of Communication Theory and Philosophy*, Vol. 3: M–Q, Malden 2016, S. 1532–1536.
- KRÄMER, Benjamin: How journalism responds to right-wing populist criticism. The “lying press” attack and the “no censorship” or “no ammunition” de-

- fence, in: OTTO, Kim/KÖHLER, Daniel (Hg.): Trust in media and journalism. Empirical perspectives on ethics, norms, impacts and populism in Europe, Wiesbaden 2018, S. 137–154.
- KRÄMER, Benjamin: Stop studying “fake news” (we may still fight against falsehoods in the media), Unveröffentlichtes Manuskript 2019.
- KRÄMER, Benjamin/LANGMANN, Klara: Professionalism as a response to right-wing populism? An analysis of a meta-journalistic discourse, Unveröffentlichtes Manuskript 2019.
- KRÄMER, Benjamin/SCHINDLER, Johanna: Zum Umgang der Medien mit dem Rechtspopulismus. Hintergründe, Herausforderungen und Handlungsempfehlungen, in: *Communicatio Socialis. Zeitschrift für Medienethik und Kommunikation in Kirche und Gesellschaft* 51 (2018) 2, S. 131–142.
- KRÄMER, Benjamin/VOLL, Magdalena/MEUSEL, Julia u. a.: Right-wing populism as a worldview, Unveröffentlichtes Manuskript 2019.
- LACLAU, Ernesto: *On populist reason*, London 2005.
- LENGFELD, Holger: Die „Alternative für Deutschland“. Eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69 (2017) 2, S. 209–232.
- MANUCCI, Luca/WEBER, Edward: Why the big picture matters. Political and media populism in Western Europe since the 1970s, in: *Swiss Political Science Review* 23 (2017) 4, S. 313–334.
- MARTINSEN, Renate: Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien, in: PFETSCH, Barbara/MARCINKOWSKI, Frank (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 42)*, Wiesbaden 2009, S. 37–69.
- MOFFITT, Benjamin: How to perform crisis. A model for understanding the key role of crisis in contemporary populism, in: *Government and opposition: An International Journal of Comparative Politics* 50 (2015) 2, S. 189–217.
- MOFFITT, Benjamin: *The global rise of populism. Performance, political style, and representation*, Stanford 2016.
- MOFFITT, Benjamin: Liberal illiberalism? The reshaping of the contemporary populist radical right in Northern Europe, in: *Politics and Governance* 5 (2017) 4, S. 112–122.
- MOUFFE, Chantal: *For a left populism*, London 2018.
- MUDDE, Cas: The populist Zeitgeist, in: *Government and opposition: An International Journal of Comparative Politics* 39 (2004) 4, S. 541–563.

- MUDDE, Cas: Three decades of populist radical right parties in Western Europe: So what?, in: *European Journal of Political Research* 52 (2013) 1, S. 1–19.
- MÜLLER, Jan-Werner: “The people must be extracted from within the people”. Reflections on populism, in: *Constellations. An International Journal of Critical and Democratic Theory* 21 (2014) 4, S. 483–493.
- PAPPAS, Takis S.: Modern populism: Research advances, conceptual and methodological pitfalls, and the minimal definition, in: THOMPSON, William R. (Hg.): *Oxford Research Encyclopedias. Politics*, Oxford 2016, URL: <http://dx.doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.17> (14. Oktober 2019).
- SEDGWICK, Mark (Hg.): *Key thinkers of the radical right. Behind the new threat to liberal democracy*, Oxford 2019.
- STANLEY, Ben: The thin ideology of populism, in: *Journal of Political Ideologies* 13 (2008), S. 95–110.
- TRESCH, Anke/LEFEVERE, Jonas/WALGRAVE, Stefaan (Hg.): *Issue ownership. How the public links parties to issues and why it matters (Western European Politics 38, Sonderheft 4)*, London 2015.
- URBINATI, Nadia: The populist phenomenon, in: *Raisons politiques. Etudes de pensée politique* 51 (2013) 3, S. 137–154.
- WAGNER, Markus/MEYER, Thomas M.: Negative issue ownership, in: *West European Politics* 38 (2015) 4, S. 797–816.
- WEISS, Volker: *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart 2017.
- WODAK, Ruth: *The politics of fear. What right-wing populist discourses mean*, London 2015.
- YILMAZ, Ferruh: Right-wing hegemony and immigration. How the populist far-right achieved hegemony through the immigration debate in Europe, in: *Current sociology. Journal of the International Sociological Association* 60 (2012) 3, S. 368–381.
- ZICK, Andreas/KÜPPER, Beate/BERGHAN, Wilhelm: *Verlorene Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*, Bonn 2019.